

**Dr. med. Manfred
KRONAWITTER**

Prinz-Eugen-Str. 3 D-94034 Passau Tel. 0851-493490 Telefax 0851-4934949

Pressemitteilung

Runder Tisch Brunnenstrasse 183 am 15. März 2007

**Traurige Erkenntnis: Keine Hilfe für den
Umsonstladen durch Land Berlin -
Mediation vorgeschlagen**

Bereits zu Beginn des Runden Tisches kam es zu einer Absurdität: Herr Rechtsanwalt Heusinger wollte die Namen der von ihm am Runden Tisch vertretenen Personen nicht preisgeben. Anwesende Vertreter der Brunnenstrasse stellten sich mit Pseudonymen oder Vornamen vor. Eigentlich wäre das schon Grund genug für mich gewesen, das Treffen abzubrechen. Wenn doch Mietverträge angeblich bestehen sollen, warum werden dann dem Eigentümer die wesentlichen Bestandteile der Mietverträge seit über einem Jahr verschwiegen? Ich soll Verträge anerkennen, deren Inhalt ich nicht kenne. Noch nicht einmal die Vertragspartner werden mir bekannt gemacht. Trotz dieser Heimlichtuerei und beabsichtigten Undurchsichtigkeit habe ich im Interesse der Sache meine sozial verträglichen Lösungsvorschläge für eine friedliche Beilegung des Konflikts vorgelegt:

(1) Bei mir besteht grundsätzlich die Bereitschaft, ein vom Senat oder Bezirk angebotenes ähnliches Gebäude, das die Kriterien für mein Projekt erfüllt, als Ersatz zu akzeptieren.

(2) Der bisher im Haus lebende und gemeldete Rentner kann auch nach der Sanierung im Haus bleiben (Senioren-WG). Übrige Mieter, die am 30. Jan. 2007 ihren Wohnsitz in der Brunnenstr. 183 hatten, erhalten bevorzugt Mietverträge, die sich am Mietzins einer Genossenschaftswohnung orientieren. Voraussetzung ist die Gewährleistung der notwendigen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen und die Akzeptanz einer bei sanierungsbedingten Bedarf notwendigen, adäquaten Umsetzwohnung.

(3) Der Umsonstladen ist ein unterstützenswertes Projekt. Falls die Betreiber des Umsonstladens auf die kostenlose Nutzung von Räumen bestehen, müsste der Bezirk bzw. Senat, also die öffentliche Hand, für eine Finanzierung dieses Projekts sorgen. Da für den Umsonstladen größere Lagerflächen notwendig sind, bieten sich als Ersatz mehrere leerstehende Immobilien des Bezirks an. Prinzipiell kann auch für den Umsonstladen ein Gewerbemietvertrag abgeschlossen werden. Für eine kurze Übergangsfrist könnten günstige

Sonderkonditionen vereinbart werden. Der Betrieb des Ladens ist allerdings leider von mir nicht finanzierbar. Im Falle, dass der Senat (wie im Wahlkampf vom Regierenden Bürgermeister, Herrn Klaus Wowereit, versprochen) den Umsonstladen unterstützen will und eine der zahlreichen leerstehenden Liegenschaften anbietet, wäre die vollständige Realisierung beider Projekte möglich.

(4) Die bisherigen Aktionen der Bewohner sollen wohl eher der Verzögerung und dem Versuch dienen, mir finanziellen Schaden zuzufügen. Als Eigentümer habe ich einen Rechtsanspruch auf Umsetzung meines Projekts. Wenn wir heute zu keiner Einigung kommen, werde ich unverzüglich alle notwendigen rechtsstaatlichen Mittel einsetzen, um eine Sanierung und Modernisierung des Gebäudes zügig durchzuführen.

Ergebnis:

Diese Lösungsvorschläge wurden vom Rechtsanwalt Heusinger und den anwesenden Sympathisanten und Bewohnern der Brunnenstrasse abgelehnt (Sie scheuten sich nicht, einen betagten Rentner in die dreistündige Sitzung mitzubringen und zu instrumentalisieren). Ihren Vorschlag, mir das Grundstück ohne Angebot eines Ersatzobjekts abzukaufen, musste ich ablehnen, da auch ich mein Projekt verwirklichen will.

Besonders interessant waren die Ausführungen des Senatsvertreters, Herrn Hirsch: Er ließ keinen Zweifel daran, dass das Land Berlin weder ein Ersatzgrundstück für den Tausch noch eine freistehende Liegenschaft für den Umsonstladen zur Verfügung stellen und keinerlei Mittel für den Betrieb (Mietzahlungen) des Ladens bereitstellen will. Es blieb bei wortreichen Lippenbekenntnissen, wie gerne doch Politik und Senat soziale Projekte in Berlin-Mitte unterstützen wollen. Als Eigentümer ließ ich keinen Zweifel daran, dass ich den Umsonstladen nicht finanzieren kann. Unstrittig war, dass der Laden keinen Mietvertrag hat.

Da es zu keiner Einigung am Runden Tisch kam, bin ich also gezwungen, Räumungsklagen gegen die momentanen Nutzer anzustrengen, um die überfällige Sanierung des Hauses in die Wege leiten zu können. Zur Vermeidung einer Räumung schlug ich eine Mediation zur Klärung der Mietvertragsfrage der in der Brunnenstrasse gemeldeten Personen innerhalb eines Zeitrahmens von 4 Wochen vor. Ob dies gelingt, wird sich in kürzester Zeit zeigen.

Berlin, 16. 03.2007